

Rösler strebt Neustart bei der Krankenversicherung an

13. November 2009, 04:00 Uhr

Antrittsrede des Gesundheitsministers im Bundestag

Berlin

- Gegen den geschlossenen Widerstand der Opposition will der neue Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) die gesetzliche Krankenversicherung neu gestalten. Im Bundestag verteidigte er am Donnerstag in seiner ersten Rede vor dem Plenum die geplante Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags und eine forcierte Umstellung der Finanzierung der Krankenkassen von Beiträgen auf Steuermittel. SPD, Linke und Grüne warnten umgehend vor einem Ende des solidarischen Systems.

Gesundheitsreformen waren nach Röslers Worten bisher vor allem Kostendämpfungsgesetze. Die steigenden Kosten dürften aber nicht länger automatisch zulasten des Faktors Arbeit gehen. Notwendig sei deshalb eine Entkoppelung der Krankenversicherungskosten von den Lohnzusatzkosten. "Nicht weil wir den Arbeitgebern einen Gefallen tun wollen, sondern weil wir Arbeitslosigkeit verhindern müssen", sagte Rösler. Zudem sollten Wachstumsbremsen für die Gesundheitsbranche mit ihren vier Millionen Beschäftigten gelockert werden. "Es gibt in Deutschland kaum ein System, das regulierter ist", betonte Rösler. Ein freier und fairer Wettbewerb sei besser "als der Weg in die Einheitskasse und staatliche Zwangswirtschaft", sagte er und kritisierte damit seine Vorgängerin Ulla Schmidt (SPD). Die Versicherten sollten mehr Wahlfreiheit bekommen. "Solidarität und Eigenverantwortung sind keine Gegensätze", fügte der Minister hinzu.

Dennoch solle es weniger Ausgleich in der Krankenversicherung geben. "Der Ausgleich zwischen Arm und Reich, den halten wir in der Gesundheitsversicherung für wenig treffsicher und deswegen für sozial ungerecht." Dies müsse über das Steuersystem geschehen. Damit begründete Rösler die Pläne einer für alle gleichen Kassenpauschale. Dabei sollen Arme einen Ausgleich aus Steuermitteln bekommen. Die neue Regierung stehe dafür, dass weiter jeder unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichen Risiken Zugang zum Gesundheitssystem habe. Rösler bekräftigte zudem das Ziel, die gesetzliche Pflegeversicherung um eine kapitalgedeckte Zusatzversicherung zu ergänzen. Zugleich stimmte er auf lange Debatten ein: "Das wird nicht von heute auf morgen geschehen." Die schwarz-gelbe Koalition müsse aber den Mut aufbringen, mit dem Umbau des Systems "in dieser Legislaturperiode zu beginnen".

Die SPD warnte derweil vor einer Drei-Klassen-Medizin. "Das unterste Drittel in unserer Gesellschaft wird zu Bittstellern", mahnte SPD-Fraktionsvize Elke Ferner. Die anderen zwei Gruppen hätten gerade noch genug Geld, am medizinischen Fortschritt teilzuhaben, oder seien als Privatversicherte bevorzugt. "Sie wälzen damit alle künftigen Kostensteigerungen alleine auf die Versicherten ab." Der Regierung warf Ferner vor, eine Gesundheitspolitik "gegen mehr als 70 Millionen Versicherte in unserem Land" zu betreiben; Rösler sei "ein Sicherheitsrisiko für unseren Sozialstaat". Linke-Gesundheitsexpertin Martina Bunge befürchtete die Etablierung eines abgespeckten Grundschutzes gegen Krankheit - gegen alles Weitere müsse sich privat absichern, wer sich das

leisten könne. Birgitt Bender von den Grünen monierte, Röslers Vorschläge bedeuteten Umverteilung von unten nach oben - "man kann auch sagen: Klassenkampf von oben". *DW*
